

"Für oder gegen einen Beitritt: fünf Fragen zur Debatte" in Le Figaro (16. Dezember 2004)

Legende: Am 16. Dezember 2004 analysiert die französische Tageszeitung Le Figaro die Argumente für und gegen einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

Quelle: Le Figaro. 16.12.2004. Paris. "Pour ou contre l'adhésion: cinq questions en débat", auteur:Avril, Pierre , p. 4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/fur_oder_gegen_einen_beitritt_funf_fragen_zur_debatte_in_le_figaro_16_dezember_2004-de-e83abd12-cd65-43bf-9ae5-8cf49aa863a3.html



Publication date: 05/07/2016

Einige begrüßen die Aussicht auf einen Beitritt der Türkei zur EU, andere sind besorgt.

Für oder gegen einen Beitritt: fünf Fragen zur Debatte

Brüssel: von unserem Korrespondenten
Pierre Avril

Wenn die Türkei in zehn oder fünfzehn Jahren Mitglied der Europäischen Union wird, wird Europa nicht mehr das gleiche sein. Das ist einer der wenigen Punkte, in denen die Befürworter und die Gegner Ankaras sich einig sind. Ein solcher Beitritt wird nicht nur ein Kulturschock sein, sondern auch ein Schock in wirtschaftlicher, institutioneller und politischer Hinsicht. Während die einen die Aussicht auf einen möglichen „Big Bang“ begrüßen, graut es die anderen davor. Die Debatte zwischen den Befürwortern und den Gegnern eines Beitritts der Türkei dreht sich um fünf Hauptpunkte.

Ist die Türkei ein europäisches Land?

Nur die Historiker können bestätigen – indem sie bis auf Byzanz oder den Höhepunkt des Osmanischen Reiches zurückgehen –, dass die Türkei europäisch ist. Die anderen versuchen gar nicht wirklich, diese Aussage zu unterstützen. Der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, ein Verfechter des türkischen Beitritts, gibt selbst zu, dass „*das Kulturerbe*“ des – überwiegend muslimischen, wenn auch laizistischen – Landes „*anders*“ ist. Und genau dort entbrennt der Streit zwischen den Befürwortern und den Gegnern. „*Der Beitritt würde die Islamisierung Europas gewaltig beschleunigen, das dadurch sein Wesen, seine Wurzeln und seine Kultur verlöre*“, meint der Europaabgeordnete des Front National, Jean Marie Le Pen, der der Türkei außerdem vorwirft, die politischen Kopenhagen-Kriterien nicht zu erfüllen. Einige weisen vor allem auf die Gefahr hin, dass der islamistische Terrorismus in die aktuelle EU eingeschleppt würde.

Diese „vergangenheitsbezogene“ Vision von Europa wird von den Befürwortern des Beitritts kritisiert, die die Ansicht vertreten, dass die Union kein „*christlicher Klub* sein sollte. Der Beitritt der Türkei wird als eine Möglichkeit der Bereicherung empfunden. „*Wir haben hier die tolle Möglichkeit zu zeigen, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht ein Kampf gegen den Islam ist*“, denkt der Vizevorsitzende der Grünen-Fraktion, Daniel Cohn-Bendit.

Ist der Beitritt der Türkei ein Faktor für Stabilität oder Instabilität in der Region?

Nach dem Beitritt wären Länder wie Armenien, Georgien, Aserbajdschan, Syrien, der Irak und der Iran die neuen Nachbarn der Europäischen Union. Diese einfache Aussicht verursacht kalte Schweißausbrüche bei denen, die gegen den Prozess sind; von den Befürwortern wird sie als Gelegenheit empfunden. Erstere fürchten, dass die schwierigen Beziehungen zwischen Ankara und einigen seiner Nachbarn eine Quelle der Instabilität sein könnten. Das ist insbesondere der Fall mit Syrien und Armenien, deren Landgrenzen mit der Türkei von Ankara geschlossen wurden. Außerdem lehnt die Türkei weiter zahlreiche europäische Erklärungen ab, die im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) formuliert wurden. Ist sie erst einmal Mitglied der EU, könnte sie außenpolitische Initiativen Europas (die einstimmig beschlossen werden) blockieren, die ihrer Ansicht nach nicht ihren Interessen entsprechen.

Die Befürworter des Beitritts dagegen sind der Meinung, dass eine demokratische und vollständig laizistische Türkei dazu wird beitragen können, die Extremismen zu beherrschen und die Werte der Union nach außen zu tragen. „*Vergleicht man die Türkei mit dem Iran von heute, ist es besser, sie in der EU zu haben als draußen*“, fasst der sozialistische Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, Pierre Moscovici, zusammen. Zwischen Lobeshymnen und Katastrophenszenarien sucht die Europäische Kommission eine Mittellösung: „*Der Beitritt der Türkei könnte helfen, die konfliktgeladene Region im Mittleren Osten zu stabilisieren, würde die EU aber direkter in die schwierigen politischen und sicherheitspolitischen Probleme der Region hineinziehen*“ ...

Wird die Türkei in der Europäischen Union den Ton angeben?

Mit ihren ca. 86 Millionen Einwohnern im Jahr 2020 (nach den Schätzungen der UNO) wäre die Türkei bei ihrem Beitritt der am stärksten bevölkerte Staat der Europäischen Union. Dieser demographische Schock

sollte durch ein „*politisches Gleichgewicht, das deutlich von Ankara beherrscht wird*“ zum Ausdruck kommen, schreiben die Experten des französischen Finanzministeriums. Nach Ansicht der Beitrittsgegner würde dieser Einfluss unverhältnismäßig sein und die Gefahr der Lähmung bringen. Somit fürchten sie eine Auflösung der Macht der Union. Die Beitrittsbefürworter dagegen relativieren dieses Phänomen.

Die Grundlage für den Streit ist in der neuen Europäischen Verfassung zu finden, die den dicht bevölkerten Ländern mehr Einfluss verleiht. Zwar hat die Türkei gleich viele Europäische Kommissare wie die anderen Länder, sie wird jedoch die meisten Abgeordneten nach Straßburg entsenden (ungefähr 80) und über eine relative Stimmenmehrheit im Rat verfügen. „*Sie wäre in der Lage, 76,5 % der Beschlüsse zu blockieren, gegenüber nur 55,7 % für Frankreich*“, schreibt Frédéric Bobay vom Finanzministerium. So würde Ankara zum Dreh- und Angelpunkt jeder Koalition. „*Sie alleine werden die Musik nicht bestimmen können*“, schwächt dagegen der Präsident des *Institut universitaire européen*, Yves Mény, ab. Als Sicherheitsventil sieht nämlich die Verfassung vor, dass jede Sperrminorität mindestens vier Mitgliedstaaten zählen muss.

Ist eine massive Immigration zu befürchten?

Mehrere Parteien beschwören das Schreckgespenst der Einwanderung herauf. Der Beitritt der Türkei, so sagen sie, werde zu großen Wanderbewegungen türkischer Arbeiter in Richtung der Arbeitsmärkte der Europäischen Union und somit zum Sozialdumping führen. Die ersten betroffenen Länder wären Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Österreich. Aber die Experten bleiben geteilter Meinung. Eine unabhängige Arbeitsgruppe unter der Leitung des ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari spricht von einer Größenordnung von 2,7 Millionen Einwanderern auf lange Sicht, das heißt 0,5 % der Bevölkerung der Union. Andere Studien bewegen sich zwischen 0,5 und 4 Millionen Einwanderern bis 2025-2030. Vor dem Beitritt Spaniens und Portugals gab es ähnliche Befürchtungen. Sie stellten sich schließlich als unbegründet heraus. Großbritannien, Finnland oder Schweden sind sogar der Ansicht, dass der Migrationsdruck, der durch den Beitritt entsteht, eine Chance darstellt, zu einem Zeitpunkt, da die europäischen Staaten bald unter der Überalterung ihrer Bevölkerung zu leiden haben werden. Diese Mitgliedstaaten sind zudem gegen die Einführung einer Schutzklausel, mit der jedes Land der Union seinen Arbeitsmarkt türkischen Arbeitern gegenüber dauerhaft verschließen könnte.

Wird der Beitritt der Türkei die europäischen Steuerzahler zu teuer zu stehen kommen?

Ein Land mit 80 Millionen Einwohnern, dessen Reichtum weniger als 30% des Reichtums der Union mit fünfundzwanzig Mitgliedern beträgt, wird zwangsläufig viel Geld benötigen, um den Rückstand aufzuholen. Zu viel Geld, denkt der ehemalige Landwirtschaftskommissar Franz Fischler, während – zur Erinnerung – zahlreiche Länder sparen wollen: 11,3 Milliarden Euro allein für die Landwirtschaft, das heißt genau so viel wie die Beitrittskosten der zehn neuen Mitglieder. „*Die Türkei wird große Schwierigkeiten haben, die gemeinsame Agrarpolitik einzuführen, ohne sie zu schwächen*“, behauptet der ehemalige österreichische Kommissar. Zu dieser Summe müssen die Mittel der Kohäsionspolitik hinzugefügt werden, die eingebracht werden müssen, in einer Höhe von wahrscheinlich 10 Milliarden Euro jährlich. Das kann die Haushaltspolitik der EU durchaus über den Haufen werfen.

Aber auch da widerlegen andere Experten diese Schwarzseher. Einer Studie des *Centre d'études politiques européennes* zufolge macht der Betrag, der ab 2020 für die Türkei aufgebracht würde aufgebracht werden müsste, nur 0,2 % des BIP der Gemeinschaft aus, das heißt 4 Euro monatlich für jeden europäischen Bürger. „*Ein Betrag, den der Unionshaushalt durchaus vertragen kann*“, schätzt das Centre. Aber viele dieser Vorausschau gehören in die Kategorie der politischen Fiktion. Die Kosten für den Beitritt der Türkei werden letztendlich erst bei den Verhandlungen über den Finanzrahmen 2014-2021 beziffert werden können. Zum derzeitigen Zeitpunkt beschränken sich die Fünfundzwanzig – mühsam – auf die Verhandlungen des Zeitraums 2007-2013 ...